

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen
T: +49 7151 28289 . E: info@ai-el-salvador.de
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>
https://twitter.com/AI_El_Salvador . <https://www.instagram.com/elsal.menschenrechte>
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



27. März 2024

EL SALVADOR: DIE INSTITUTIONALISIERUNG VON MENSCHENRECHTS- VERLETZUNGEN NACH ZWEI JAHREN AUSNAHMEZUSTAND

Zwei Jahre nach der Verhängung des Ausnahmezustands - eine Maßnahme, die als außergewöhnlich gilt und nur vorübergehend eingesetzt werden darf - und der Umsetzung einer Reihe von Änderungen des Strafrechts, die neben anderen Garantien eines ordentlichen Verfahrens die Unschuldsvermutung und das Recht auf Verteidigung aushöhlen, ignoriert die Regierung von El Salvador weiterhin ihre internationalen Menschenrechtsverpflichtungen, indem sie diese Maßnahmen als Eckpfeiler ihrer Sicherheitsstrategie beibehält.

Es kann kein Erfolg sein, die Bandengewalt zu reduzieren, indem man sie durch staatliche Gewalt ersetzt.

Ana Piquer, Direktorin für Nord- und Südamerika bei Amnesty International

Es gibt Rechte, die nach internationalen Standards jederzeit gewährleistet sein müssen, wie das Recht auf ein faires Verfahren, das Legalitätsprinzip in Strafsachen und das Verbot von Folter und Diskriminierung. Diese auszusetzen, ist eine Maßnahme, die unter keinen Umständen und in keinem Zusammenhang zu rechtfertigen ist. Diese Entscheidung ignoriert bewusst die zahlreichen Vorwürfe schwerer Menschenrechtsverletzungen, die von Organisationen der Zivilgesellschaft in El Salvador erhoben wurden. Sie ignoriert auch die wiederholten Aufrufe zur Aufmerksamkeit und Besorgnis, die von [regionalen](#) und [internationalen](#) Gremien geäußert wurden. Sie haben auf die Menschenrechtskrise hingewiesen, die durch die Unverhältnismäßigkeit der Notstandsmaßnahmen und den neuen gesetzlichen Rahmen, der seit Ende März 2022 in Kraft ist, entstanden ist.

"Das Beharren der Regierung von Nayib Bukele darauf, den Ausnahmezustand aufrechtzuerhalten, die Verabschiedung unverhältnismäßiger Maßnahmen und die Leugnung, Verharmlosung und Vertuschung der berichteten schweren Menschenrechtsverletzungen zeigen, dass die Regierung nicht gewillt ist, ihrer Pflicht zur Achtung und Förderung der Menschenrechte im Land nachzukommen. Es zeigt auch, dass sie nicht in der Lage ist, umfassende und langfristige Maßnahmen zu entwickeln, um die Ursachen von Gewalt und Kriminalität zu bekämpfen, ohne die Bevölkerung zu zwingen, sich zwischen Sicherheit und

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Freiheit zu entscheiden", sagte Ana Piquer, Direktorin für Nord- und Südamerika bei Amnesty International.

Bis Februar 2024 registrierten Opferbewegungen, lokale Menschenrechtsorganisationen und Medienberichte [327 Fälle von gewaltsamem Verschwindenlassen](#), mehr als [78.000 willkürliche Verhaftungen](#) - insgesamt sind derzeit rund [102.000 Menschen](#) im Land ihrer Freiheit beraubt -, eine Überbelegung der Gefängnisse von rund [148%](#) und mindestens [235 Todesfälle](#) in staatlichem Gewahrsam.

Hinzu kommen die Unsicherheit und das erhöhte Risiko, dem Menschenrechtsverteidiger*innen und jede abweichende oder kritische Stimme in diesem Kontext ausgesetzt sind, da sie durch den Ausnahmezustand kriminalisiert werden. Lokale Organisationen berichten derzeit von [34 Fällen](#) dieser Art, zuletzt von [Verónica Delgado, einer Mutter, die auf der Suche nach ihrer verschwundenen Tochter](#) war und am 11. März 2024 verhaftet wurde.

Die internationale Gemeinschaft muss entschieden, deutlich und energisch reagieren, um jedes Modell der öffentlichen Sicherheit zu verurteilen, das auf Menschenrechtsverletzungen beruht.

Ana Piquer, Direktorin für Nord- und Südamerika bei Amnesty International

Das Muster der Verharmlosung, Verschleierung, Delegitimierung und Leugnung, mit dem die salvadorianische Regierung auf die Vorwürfe nationaler und internationaler Gremien bezüglich der im Land dokumentierten schweren Menschenrechtsverletzungen reagiert, deutet leider darauf hin, dass sich die in den letzten Jahren beobachtete Krise in der zweiten Amtszeit von Präsident Bukele noch verschärfen könnte. Wenn dieser Kurs nicht korrigiert wird, könnte sich die Instrumentalisierung des Strafprozesses und die Etablierung einer Folterpolitik im Gefängnisystem fortsetzen, was zu einem Anstieg der bereits alarmierenden Zahlen von Verletzungen des Rechts auf ein ordentliches Verfahren, von Todesfällen in staatlichem Gewahrsam und der prekären Situation von Gefangenen führen würde.

"Das Fehlen jeglicher Bewertung, Kontrolle und Gegenkontrolle im Land und die zögerliche Reaktion der internationalen Gemeinschaft haben die falsche Illusion geschaffen, Präsident Bukele habe die Zauberformel gefunden, um die sehr komplexen Probleme von Gewalt und Kriminalität auf scheinbar einfache Weise zu lösen. Aber die Gewalt der Banden zu reduzieren, indem man sie durch staatliche Gewalt ersetzt, kann jedoch nicht erfolgreich sein. Die salvadorianischen Behörden müssen die staatliche Reaktion auf eine umfassende Politik ausrichten, die die Menschenrechte respektiert und langfristige Lösungen anstrebt", sagte Ana Piquer.

"Die internationale Gemeinschaft muss entschieden, deutlich und energisch reagieren, um jedes Modell der öffentlichen Sicherheit zu verurteilen, das auf Menschenrechtsverletzungen beruht."

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das englische Original:

[El Salvador: The institutionalization of human rights violations after two years of emergency rule](#), 27. März 2024

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2024/03/el-salvador-two-years-emergency-rule/>

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

